

Erfolgsfaktoren rheinland-pfälzischer Solidarpakte - eine Form Horizontaler Governance?

Bachelorarbeit von David Schindler an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

Gesellschaftlicher Kontext

Im April 2021 hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts einstimmig ein Urteil zum deutschen Klimaschutzgesetz beschlossen, welches auch als Aufruf zur Generationengerechtigkeit im Hinblick auf etwaige Freiheitsbeschränkungen kommender Generationen durch unsere aktuellen Emissionen verstanden werden kann. Um die Freiheiten künftiger Generationen zu sichern braucht es eine Emissionsreduktion, die schnell und drastisch sein muss um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Dies kann in Deutschland nur mit Hilfe eines substantiellen Zubaus an Windkraftkapazität erreicht werden. Die bisher installierte Windkraftkapazität ist ungleich verteilt - etwa 75% stellen die nördlichen Bundesländer, die südlichen tragen nur etwa 25% bei. Das ein erfolgreicher Ausbau der Windkraftkapazität jedoch auch im Süden der Republik möglich ist, zeigt das Beispiel Rheinland-Pfalz. Die kumulierte Nennleistung aller dort installierten Windenergieanlagen ist von 2009 bis 2019 um 159% gewachsen.

Beitrag der Bachelorarbeit

Die Bachelorarbeit beschäftigt sich daher mit dem Thema, wie man ein erfolgreiches rheinland-pfälzisches Instrument des Windkraftausbaus, den Solidarpakt, auch in anderen südlichen Bundesländern implementieren könnte. Der Solidarpakt stellt eine besondere Form der Verteilung kommunaler Einnahmen aus der Flächenverpachtung für Windparks in Rheinland-Pfalz dar. Mehrere kommunale Einheiten schließen diesbezüglich einen Vertrag, der auch Gemeinden ohne Windkraftanlagen auf eigenem Grund einen finanziellen Gewinn ermöglicht und somit einen bezogen auf die Standortplanung effizienten Zubau ermöglicht. Bei der Realisierung dieser interkommunalen Beteiligungskonzepte arbeiten regelmäßig Akteur*innen der Landes-, der Kommunal- sowie der privatwirtschaftlichen Ebene zusammen. Wie im Rahmen der Arbeit aufgezeigt werden konnte, ist diese Zusammenarbeit in manchen Fällen so eng, dass sie die Merkmale der Horizontalen Governance erfüllt. Dabei entstehen Synergien und redundanten Vorgehensweisen wird vorgebeugt; ein effizienter und gut aufeinander abgestimmter Prozess wird realisiert. Folgende, für die Implementierung von Solidarpakten relevante Erfolgsfaktoren konnten nachgewiesen werden:

- Die Errichtung von Windparks auf Flächen in kommunalem Eigentum, da nur so Pachteinnahmen für die beteiligte(n) Kommune(n) erzielt werden können;
- Die direkte Beteiligung der rheinland-pfälzischen Landesforsten an den Solidarpakten möglichst auch durch Unterstützung der Landesregierung sowie des Umwelt- und Finanzministeriums;
- Transparente und faire Aufteilung (eines Teiles) der Pachteinnahmen für Windparks auf kommunalen Flächen. Nur so kann einem finanziellen Ungleichgewicht sowie der unregelmäßigen Entwicklung des Windkraftausbaus innerhalb einer kommunalen Einheit vorgebeugt werden;
- Möglichst vollständige und sichtbare Reinvestition kommunaler Einnahmen aus Solidarpakten für Windenergie. So kann die Akzeptanz der Bürger*innen gesteigert werden;
- Identifikation einer Person, bei der „die Fäden zusammenlaufen“ als Ansprechpartner. Diese Person muss über gute Ortskenntnisse und das Wissen um politische Besonderheiten

insbesondere auch auf übergeordneter kommunaler Ebene verfügen. In Rheinland-Pfalz wird diese Funktion oft von Verbandsbürgermeister*innen wahrgenommen;

- Kostenloses und niedrighschwelliges Angebot von Knowhow bezüglich der Windkraftprojektierung, da dies oft in Kommunen nicht vorhanden ist. Dies verhindert bei Verhandlungen zu geringe Forderungen für Pachteinahmen von der Kommune. In Rheinland-Pfalz könnte das Bildungs- und Informationsangebot zum Beispiel durch die Landesforsten wahrgenommen werden.

Daraus resultieren die folgenden Handlungsempfehlungen:

- In den südlichen Bundesländern sind viele Forstflächen in kommunalem oder staatlichem Eigentum. Die Ausweisung von intensiv genutzten Forstflächen für die Windkraftnutzung ist oft die einzige Möglichkeit mit den geltenden Abstandsregelungen Windkraftzubau im Süden zu realisieren;
- Die Erstellung eines regulatorischen Rahmens durch die Landespolitik, der es Landesinstitutionen (z.B. den Forstämtern) erlaubt, sich mit der Abgabe von Pachteinahmen an interkommunalen Beteiligungskonzepten zu beteiligen;
- Die vollständige und sichtbare Reinvestition kommunaler Einnahmen aus Solidarpakten in die Gemeinden zur Akzeptanzsteigerung durch Positivbeispiele;
- Vorhandensein eines verantwortlichen Ansprechpartners oder einer Ansprechpartnerin, welche*r die Beteiligten kennt und mit den administrativen Gepflogenheiten vertraut ist, um die Vertragsgestaltung zu begleiten;
- Bereitstellung eines kostenlosen und niedrighschwelligen Angebots von Informationen bezüglich Windkraftprojektierung für Kommunen.

Kontakt: davidjschindler@protonmail.com